

Bauer

Merseburger

# Correspondent.

Erscheint:  
Dienstag, Donnerstag und  
Sonntag früh 7 Uhr.  
Redaction: große Ritterstraße Nr. 28.

Wöchentliche Beilage:  
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis:  
pro Quartal: 1 Mark bei Abholung. — 1 Mark  
20 Pfg. durch den Heraultträger. — 1 Mark  
25 Pfg. durch die Post.

N. 27.

Donnerstag den 17. Februar.

1881.

## Die Eröffnung des Reichstags

erfolgt diesmal nicht unter erfreulichen Ausichten. Zunächst findet der Reichstag nicht freies Feld zur Arbeit vor, da er mindestens 1 1/2 Wochen hinauszögern muß. Dann herrscht in Bezug auf die politische Lage bis jetzt durchaus keine Klarheit. Alles, was man als „klärende Ereignisse“ an gerechnet, hat nur dazu beigetragen, die Dinge noch mehr zu verwirren. Niemand weiß, wie die Parteien sich gruppieren werden. Der Reichskanzler scheint den Wunsch zu hegen, daß sich eine aus den beiden konservativen Parteien und den Nationalliberalen bestehende Mehrheit bilden solle. Die konservativen würden eine solche Combination, welche sie zu der in der Mitte den Ausschlag gebenden Fraktion machen würde, sehr gern sehen, die beiden anderen Parteien aber nicht. Die Nationalliberalen würden bei einer Coalition mit den Konservativen einen großen Theil der liberalen Grundzüge preisgeben müssen. Die Konservativen aber möchten viel lieber mit dem Centrum als mit den Nationalliberalen zusammengehen. Charakteristisch für die unklare Lage ist die Ungewissheit über den Ausfall der Präsidentschaftswahl. Es scheint der Versuch begünstigt zu werden, wie im Abgeordnetenhaus das Centrum wegen der bei der Kölner Dombaufeier bewiesenen unparteilich-würdigen Zurückhaltung“ vom Präsidium auszuscheiden. Andererseits wirkt das Centrum mit allen Mitteln für die Wiederwahl des Herrn v. Brunsenstein zum ersten Vizepräsidenten, und es findet auf der rechten Seite der konservativen Partei, bei den Stüdter und Genossen, die entschiedene Neigung zur Unterstützung vor, während der rein governementale Theil der Konservativen anders denkt. Die allerersten Tage schon müssen, wenn der Reichstag beschlußfähig ist, darüber entschieden, was aus diesem Wirrwarr sich entwickelt.

Arbeit findet der Reichstag in so reicher Fülle vor, wie kaum einer seiner Vorgänger. Bis zum 1. April wird er Nähe haben, den Etat fertig zu bringen; nach demselben unterbricht bald das Dieret die Arbeitszeit. Aus den Vorlagen, welche dem Reichstage sonst unterbreitet werden sind vor Allem die Steuervorlagen von Interesse. Zu den Gesetzen über die Stempelsteuer und die Verdoppelung der Biersteuer, welche im vorigen Jahre im Reichstage stecken blieb, kommt das Gesetz über die Wehrsteuer hinzu, welches damals nur an den Bundesrath gelangte. Große Chancen haben diese Gesetze auch diesmal nicht. Die meisten noch das Stempelsteuergesetz, wenn daraus der besonders den kleinen Verkehr belästigende Duitungsstempel fortfällt. Auch auf liberaler Seite hält man eine Stempelsteuer auf den Verkehr mit mobilen Werthen für gerechtfertigt, wenn der Ertrag derselben dazu verwendet wird, die wirklich drückende Immobiliensteuer zu erleichtern. Das wäre eine wirkliche „Steuerreform“, während sonst dieses schöne Wort nur zu einer Verbedeckung einer einfachen Steuererhöhung benutzt wird. Die Verdoppelung der Biersteuer wird von den Nationalliberalen kaum ohne gleichzeitige Erhöhung der Branntweinsteuer bewilligt werden. Dieser sind aber ebensowenig die Konservativen

wie die Regierung geneigt im Interesse des Großgrundbesitzes des Ostens. Die Wehrsteuervorlage findet auch wenige Freunde. Auch die Parteien, welche einer Steuererhöhung sonst vielleicht zustimmen würden, möchten dies nicht gern kurz vor den Wahlen thun; sie werden die Entscheidung darüber bis zu der nächsten Session verschieben wollen.

Neben den Steuervorlagen kommen alle anderen, in der vorigen Session nicht erledigten Gesetze an den Reichstag, z. B. das über die Küstenfrachtfahrt. Es wird sich der Reichstag wohl auch mit den gegen Hamburgs Freihafenstellung gerichteten Maßregeln beschäftigen müssen. Dazu kommen nun auch das Innungs- und das Arbeiterversicherungsgesetz, welche allein die Arbeit vieler Wochen in Anspruch nehmen.

Man erseht hieraus, daß des Reichstages weiche Arbeit harret, als er vielleicht bewältigen können wird. Aber es ist dieselbe meist solcher Art, daß weder die Reichstagsmitglieder noch das deutsche Volk Ursache haben, große Erwartungen daran zu knüpfen. Denn fast alle Maßregeln, welche dem Reichstage vorgelegt werden, sind von sehr zweifelhaftem Werthe.

## Die Eröffnung des Reichstages

wurde am Dienstag Nachmittag 2 Uhr im Weißen Saale des königlichen Schlosses zu Berlin durch den Vertreter des Kanzlers Grafen Stolberg-Berninger vor einer schwachen Anzahl Abgeordneter, sowie den erschienenen Mitgliedern des Bundesrathes vollzogen. Die verlesene Eröffnungsvorrede beschränkt sich fast ostentativ darauf, lediglich Bekanntes zu registriren und vermeidet es in jeder Weise, von den weiteren Plänen und Absichten der Regierung den Schleier zu heben. Die Grundgedanken der wirtschaftlichen und finanziellen Reform sollen zur weiteren Durchführung gebracht werden, das Reich soll finanziell selbstständig gemacht und den Bundesstaaten sollen weitere Mittel gewährt werden, damit sie ihre Versteuerverhältnisse umgestalten können. Angekündigt wird die Neuordnung der Stempelgesetze und der Branntwein, welche Vorlagen der Bundesrath bereits beschlossen hat. Es ist nicht bloß von weiteren Steuerplänen, welche offiziell angekündigt worden sind, nicht die Rede, sondern auch die Wehrsteuer, die der Bundesrath bereits beschlossen hat, das man auffallender Weise in der Eröffnungsvorrede anzukündigen unterlassen. Auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung werden als positive Maßregeln gegen die Sozialdemokratie und zur Förderung des Wohles der arbeitenden Klassen die beiden Gesetze, welche Unfallversicherung und das Innungsgesetz, erwähnt. Der Volkswirtschaftsrath wird nicht genannt, die Uebertragung dieser Institution auf das Reich in keiner Weise angekündigt. Dann werden das Gesetz über die Verforgung der Hinterbliebenen von Reichsbeamten, die Ergänzung der Strafgesetze in Bezug auf die Trunksucht, endlich die Vorlage, betreffen die zweijährigen Etatsperioden — einmütig registriert. Mit der trockenen Aufzählung dieser schon bekannten gesetzgeberischen Arbeiten, schließt

der Bassus der Rede, welcher die innere Reichspolitik berührt.

Der Schluß behandelt die auswärtigen Beziehungen Deutschlands. Er klingt erfreulich und hoffnungsvoller. Unsere Beziehungen zu „allen auswärtigen Staaten“ sind friedliche und wohlwollende. Insbesondere wird dann betont, daß das politische Verhältnis des Reichs zu den „benachbarten großen Reichen“ der Freundschaft entspricht, welche unsern erhabenen Monarchen „mit den Beherrschern derselben persönlich verbindet.“ Hier kann skeptischer Sinn eine Lücke empfinden. Die benachbarte Republik Frankreich hat keinen Beherrscher, den persönliche Freundschaft mit unserem Kaiser verbindet. Es wird jedoch in den Schlußsätzen auf das Kräftigste betont, daß unter den „europäischen Mächten“ nicht nur der Wille herrscht, den Frieden zu erhalten, sondern daß sie auch in den Zielen der schwebenden Unterhandlungen durch keine principielle Meinungsverschiedenheiten getrennt sind. Daher die berechtigten Hoffnung, auch „partielle Störungen des Friedens in Europa“ zu verhüten oder so zu beschränken, daß sie weder Deutschland noch dessen Nachbarn verübren.

## Politische Uebersicht.

Die Umwandlung des Volkswirtschaftsraths in eine deutsche Institution scheint doch größere Schwierigkeiten zu machen, als dies auf Grund der bereits dem Bundesrath zu diesem Zwecke vorgelegten Etatsposition den Anschein hatte. Die bayerische Regierung, welche erst jüngst so großes Lob in der offiziellen Presse wegen ihrer korrekten Haltung in der Unfallversicherungssache erhielt, ist nicht geneigt, zuzulassen, daß wichtige Organisationen auf einem anderen als dem geraden verfassungsmäßigen Wege ins Leben gerufen werden und hat daher in der Sonnabendstizung des Bundesraths sich dagegen erklärt, daß der Volkswirtschaftsrath durch die Hinterthür einer Etatsposition in die Institutionen des deutschen Reichs eingeschmuggelt werde. Die bayerische Regierung verlangt die Vorlage eines förmlichen Gesetzes, das den Volkswirtschaftsrath als dauernde Reichsinstitution ins Leben ruft, und ist in Folge dessen die betreffende Etatsposition vorläufig zurückgezogen worden. Es ist anzunehmen, daß diese Zurückziehung eine definitive sei, da Fürst Bischoff bei einer früheren Gelegenheit die Erklärung abgegeben, daß er bei Streitigkeiten über die Auslegung der Verfassung im Bundesrath es opportuner erachte, eine materielle Entscheidung mit allen Mitteln zu umgehen. Es ist demnach anzunehmen, daß er in dem vorliegenden Falle dem bayerischen Standpunkte Koncessionen machen wird. Daß die Regierungen im Uebrigen geneigt sind, einen Volkswirtschaftsrath für Deutschland schaffen zu helfen, haben Anfragen, die vorher stattgefunden haben, unzweifelhaft ergeben, fraglich aber erscheint jetzt allerdings, ob dabei nicht etwa der Hintergedanke obwaltend hat, daß vielleicht im Reichstage diese Meinuna Widerstand finden könne.

Die schweizerische Bundesversammlung wurde am Montage in Bern eröffnet. Die Verhandlungen werden sich vor Allem auf folgende Angelegenheiten erstrecken: Das Banknotengesetz, Abschluß der Be-

rathungen über das Obligationenrecht, Duldung der katholischen Lehrschwefeln an den öffentlichen Schulen, ferner die Wahl eines Ersatzmannes für den verstorbenen Bundespräsidenten Anderwert. Zum Bundespräsidenten wird ebenfalls Droz (Kanton Neuenburg), zum Vizepräsidenten Davier (Kanton Graubünden) gewählt werden.

Wie vorauszusehen war, ist das mit so großem Geschrei angekündigte öffentliche Meeting der **italienischen** Republikaner am letzten Sonntag in Rom ganz ruhig verlaufen. Außer 500 Mitgliedern waren kaum 1500 Menschen zugegen. Nur vier Arbeitervereine erschienen mit Musik und Fahne. Die Abstimmung über die Tags vorher in geheimer Berathung beschlossene Resolution betr. die Einführung des allgemeinen Wahlrechts ging ohne Störung unter Abspielung des Garibaldimarsches von Statten und so wird wohl schließlich in dieser ziemlich bescheidenen Kraftäußerung der Umsturzelemente die italienische Regierung wieder etwas mehr Vertrauen zur eigenen Kraft gefunden haben.

Die **englische** Regierung beorderte 700 Mann Infanterie, 160 Mann Artillerie und zwei Kavallerieregimenter als Verstärkungen nach Frankreich. — Barnell soll die Absicht, von Paris direct nach Amerika zu reisen, aufgegeben haben und in einigen Tagen nach London zurückkehren. — Eine amtliche Depesche aus Kapetown vom 12. d. meldet den Abschluß eines siebenjährigen Waffenstillstandes mit den Bafutos.

Eine interessante und die augenblickliche Lage im Orient vorzüglich beleuchtende Nachricht erhält das Berl. Tgl. einem Privat-Telegramme aus Konstantinopel vom 15. Februar, worin gesagt wird, daß die **Pforte** in letzter Stunde davon zurückgekommen sei, eine genaue Bestimmung der von ihr in der griechisch-türkischen Grenzfrage zu machenden Conzession in das Memorandum aufzunehmen, welches sie den Botschaftern der Mächte bei Beginn der Pourparlers überreichen wird. Das Memorandum wird sich darauf beschränken, den Standpunkt, welchen die Pforte bisher eingenommen hat, in der ausführlichsten Weise zu begründen. Das Maß der Conzessionen wird die Pforte erst im Laufe der Pourparlers den einzelnen Botschaftern bekannt geben. Soweit die mancherlei Anzeichen innerhalb der Diplomatie einen Schluß gestatten, gehen die Ansichten der Mächte, ausgenommen die zwischen Deutschland und Oesterreich herrschende Harmonie, augenblicklich noch sehr weit auseinander. Hiernach scheint also die Pforte angesichts der Uneinigkeit der Großmächte wieder in ihre alte Verschleppungspolitik zurück und nimmt den früheren Standpunkt ein, sich zu jeder Conzession bis aufs Blut — drängen zu lassen. Unter diesen Umständen wird die türkisch-griechische Angelegenheit sobald nicht von der Tagesordnung verschwinden.

### Deutschland.

— (Der Kaiser und die Kaiserin) besuchten am Montag Abend das Ballfest des Vizepräsidenten Grafen Ditto zu Stolberg-Wernigerode. Dienstag nahm Sr. Majestät zahlreiche militärische Melbungen entgegen, conferirte mit dem Staatsminister v. Stosch und arbeitete mit dem Chef des Militärkabinetts, Generalleutnant v. Albedyll. Vor dem Diner unternahm der Kaiser eine Spazierfahrt durch den Thiergarten.

— (Herzogin Adelheid von Schleswig-Holstein), die Mutter der hohen Braut, wird bereits am 24. d. M. von Schloß Brinkmann in Berlin eintreffen, und zwar in Begleitung ihrer beiden erwachsenen Kinder, dem Erbprinzen Ernst Günther und der Prinzessin Caroline Mathilde. Der Heim der Braut, Prinz Christian zu Schleswig-Holstein, wird bei der Braut verbleiben und in Begleitung des herzoglichen Hofmarschalls v. Pfendorf und dessen Gemahlin die Brautfahrt nach Berlin am 25. Februar leiten.

— (Das Programm für die Vermählungsfeierlichkeiten) des Prinzen Wilhelm ist von dem Kaiser in den Grenzen möglicher

Einfachheit festgehalten und darüber auch mit dem Kronprinzipalpaar das Einverständnis hergestellt worden. So hat der Kaiser, wie früher die Reiterquadrille, jetzt auch das angebotene Turnier der Garde-Husaren nicht angenommen. Geleitet wird, wie man vernimmt, der Entschluß des Kaisers außer von Rückfichten der Erparniß für die Beteiligte, von dem Gedanken, gegenüber den Aneerbietungen der Stadt Berlin, die über den Umfang und Glanz hinauszugehen, die dem Einzug und den Vermählungsfeierlichkeiten des Kronprinzipalpaars seiner Zeit gegeben werden, die Festlichkeiten thunlichst in dem damals gegozogen Rahmen festzuhalten.

— (Hochzeitshäfte). Der Prinz von Wales und der Herzog von Edinburgh werden am 25. d. Mts. Abends aus England in Berlin eintreffen. Ersterer wird im kronprinzlichen Palais, letzterer im königlichen Schloße absteigen. — Aus Wien wird im Auftrage des Kaisers Franz Joseph dessen ältester Bruder, der Erzherzog Karl Ludwig, eintreffen und im Botschaftspalais Wohnung nehmen. — Der Kronprinz von Schweden, welcher den Vermählungsfeierlichkeiten in Berlin beiwohnen wird, trifft am 25. ein.

— (Der erste westphälische Handwerkerstag), der am 14. d. in Münster abgehalten wurde, war etwa von 800 Handwerksmeistern aus allen Theilen Westphalens besucht. Der Handwerker tag sprach sich mit allen gegen 5 Stimmen zu Gunsten der obligatorischen Innungen aus und genehmigte einstimmig eine Resolution, die sich für die Beseitigung des die Handwerksinteressen schädigenden confessionellen Habers ausdrückt. Der Oberpräsident von Westphalen betonte in seiner Rede seine und der Staatsregierung Sympathie für die Interessen des Handwerks. Es kann und deshalb auch nicht auffallen, daß die offiziöse Presse von den gefaßten Beschlüssen mit großem Eifer Notiz nimmt.

— (Die Zoll- und Steuereinnahmen des Reiches) sind in fester Zunahme begriffen. Der Etatvoranschlag für das Rechnungsjahr 1881/82, welcher vor zwei Monaten etwa dem Bundesrathe zugestellt worden, hat deshalb auch eine wesentliche Aenderung erfahren müssen. Die Jollerträge für das nächste Etatsjahr, welche auf 184 128 200 Mark veranschlagt waren, sind jetzt auf 188 250 000 Mark, die Einnahmen aus der Tabaksteuer, vordem auf 2 524 800 Mark geschätzt, sind jetzt auf 4 578 000 Mark festgesetzt. Demgemäß sind auch die Aueren der Hanfsstädte für Zölle und Tabaksteuer auf 3 829 000 Mark gesunken. Da von diesen Zoll- und Steuereinnahmen von insgesammt 196 657 000 Mark nach dem § 8 des Gesetzes vom 18. Juli 1879 (Antrag Frankestein) nur 130 Millionen dem Reich verbleiben, der Rest aber nach dem Maßstabe der Matrikularumlagen an die Einzelstaaten vertheilt wird, so entfällt auf die Einzelstaaten ein Ueberschuß von 66 657 000 Mark, wovon der preussische Antheil etwa 42 Millionen Mark beträgt, rund 8 Millionen mehr, als im preussischen Etat vorgelesen worden. — Eine Folge des Antrags Frankestein, welcher die Reichs-Jollerträge fixirt, ist es, daß trotz der erwähnten Steigerungen das Reichsdefizit nach wie vor im Etatvoranschlage sich auf 53 369 221 Mark beziffert. Allerdings ist die Vermuthung nicht fern, daß der Antrag Frankestein die längste Zeit Gesetz gewesen ist.

— (Vegnabigung.) Wie man der „Frl. Jg.“ von Berlin schreibt, wird am Hochzeitstage des Prinzen Wilhelm nicht eine allgemeine politische Amnestie, wohl aber eine umfangreiche Begnadigung stattfinden. Diese Begnadigungen sollen am 26. Februar als dem Einzugstage bekannt gegeben werden. Neben politisch Verurtheilten sollen solche Personen begnadigt werden, welche zu Gefängniß verurtheilt, im Gefängniß sich gut geführt, und deren Verhalten wirkliche Besserung verspricht.

### Parlamentarische Nachrichten.

**Abgeordnetenhaus.** Montagssitzung. Das Haus genehmigte heute nach kurzer Debatte das Gesetz über gemeinschaftliche Holzungen definitiv, eben so das Secundär-

bahn- und das Pfandleihgewerbegesetz. Der nun folgende Gegenstand der Tagesordnung, die zweite Lesung des Gesetzes, betreffend den Ankauf der Rhein-Nahbahn, gelangte dagegen nicht zur Erledigung. Die Vorlage wurde vielmehr auf Wunsch der Regierung, die jetzt die Hoffnung hegt, die Bahn zu einem billigeren Preise erwerben zu können, an die Commission zurückverwiesen. Die nunmehr folgende Berathung des wesentlich abgeändert vom Herrenhause zurückgekommenen Competenzgesetzes führte in allen Punkten zur einfachen Wiederherstellung der früheren Beschlüsse. Die Liberalen sahen dabei das Centrum an ihrer Seite. Die Befähigung seitens der Regierung wurde wieder auf die Bürgermeister und ihre regelmäßigen Vertreter beschränkt, unter Uebertragung des Befähigungsrechtes für die übrigen Gemeindevorstandsmitglieder auf den Gemeindevorstand. Unter den Gegnern dieses Beschlusses befand sich auch der Abg. Oestricher, auf frühere Erfahrungen gestützt, die Zustimmung der Regierung zu einer solchen Beschränkung ihres Befähigungsrechtes für unbedenklich erklärte und die Bitte aussprach, lieber in diesem Punkte nachzugeben, als das Gesetz deshalb zum Falle zu bringen. Hier war es wieder der Abg. Windthorst, der gegen eine solche Rücknahme auf die etwaigen Entschleunigungen der Regierung auftrat und Graf Eulenburg bemerkt alsbald, daß in der That eine besondere Nützlichkeit nicht am Plage war. Denn wiewohl er sich sehr energisch gegen die Einschränkung des Befähigungsrechtes erklärte, vermißte er doch das Wort „unannehmbar.“ Eben so wie in diesem Punkte blieb das Haus in allen anderen fest. Es beistimmte die Beauftragung der Magistratsbeschlüsse seitens des Bürgermeisters und Uebertragung der Aufsicht über die Langgemeinden, so wie über die Standesbeamten wie zuvor den Colligialbehörden der Selbstverwaltung. Die Schlusssatzung über das ganze Gesetz findet erst morgen statt.

(Dienstagsitzung.) Das Haus nahm in der heutigen der Eröffnung des Reichstages wegen nur kurzen Sitzung zuerst die Schlusssatzung über das Competenzgesetz vor. Das Gesetz war definitiv in der Tags vorher beschlossenen Fassung genehmigt und muß demnach nochmals am Herrenhause zurückgehen. Darauf wurde für die Rechnungen der Kasse der Oberrechnungskammer pro 1879—80 Entlastung ertheilt, der Gesetzentwurf über die Deckung von Ausgaben der Rechnungsjahre 1878—79 und 1879—80 in zweiter Lesung angenommen, endlich noch die Reihe kleinerer Vorlagen erledigt und die Sitzung hierauf verlegt.

Das **Herrenhaus** beschäftigte sich am 14. d. mit mehreren Petitionen und erledigte dieselben in einer (einstündigen) Sitzung nach den Beschlüssen der betreffenden Commission.

**Reichstag.** Zu der nach der Großmutter am Dienstag anberaumten Sitzung waren nur 183 Mitglieder erschienen, während 199 zur Beschlussfähigkeit erforderlich sind. Der seitige Präsident Graf Arnim beauftragte deshalb die nächste Sitzung auf Mittwoch Nachmittag an und setzte auf die Tagesordnung die Präsidentenwahl. Wie der Präsident zu Beginn der Sitzung mittheilte, ist dem Reichstage bereits eine ganze Reihe von zum Theil wichtigen und umfangreichen Vorlagen zugegangen, so vor Allem der gesammte Etat, das Gesetz betr. die Verlängerung der Budget- und Legislaturperioden, ferner Gesetz betreffend die Begründung der Revision in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, die Besteuerung der Dienstwohnungen und die Zuständigkeit des Reichsgerichts für Streitfragen zwischen dem Staat und der Bürgerschaft in Hamburg, schließlich auch mehrere Uebersichten, Rechnungen u. s. w. Anleihegesetz für Zwecke der Post und Telegraphen so wie des Heeres und der Marine.

Die Commission für die Rhein-Nahbahn hat beschlossen, bei ihrem Zwangsgegenstände verharren und zu beantragen, daß der Regierung die Ermächtigung ertheilt werde, die Bahn 15 Pct. anzukaufen.

(Fortsetzung auf der Beilage.)



# Heute prima Rindfleisch und Kalbfleisch bei L. Nürnberger, Viehhändler, Teichstraße.

## Verpachtung resp. Verkauf.

Ich bin gekommen, das mir zugehörige  
**Restaurant „zur Börse“**  
hier selbst auf längere Jahre zu verpachten, eventuell dasselbe zu verkaufen.  
Bei der Verpachtung ist das vollständig neue Mobilier incl. 2 franz. Billards  
käuflich zu übernehmen und sind zur Uebernahme circa 4000 Mark erforderlich.  
Die Uebergabe kann sofort erfolgen.

Merseburg.

Heinrich Schulze.

Da den 1. April cr. die Uebergabe unseres Hauses an  
den neuen Besitzer erfolgt, haben wir, um unser großes Lager von

**Winter- u. Sommersachen**  
zu räumen, einen

**General-Ausverkauf**

sämmtlicher Vorräthe von **Herren, Damen- u. Kin-  
der-Garderoben** veranstaltet.

Die Waare wird zu jedem nur annehmbaren Preise begeben  
und dauert der Ausverkauf nur bis **15. März cr.!!!**

**Philipp Gaub's Nachf.**

Die **Preßkohlenstein- und Briquettes-Handlung  
von Max Thiele**

Preßkohlensteine und Briquettes, sowohl ab Fabrik Neumarkt Saalauer, als auch frei  
ins Haus, billigt.

für Familien und Lesecirkel, Bibliotheken, Hotels, Cafés und Restaurationen

**Illustrirte Zeitung**

Probe-Nummern gratis und franco.

Abonnements-Preis vierteljährlich 6 Mark. — Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten.  
Expedition der Illustrirten Zeitung in Leipzig.

Garantirt reines  
**Rügenwalder Gänsefett**  
empfehl't  
C. L. Zimmermann.

**Landwirthschaftliche  
Winterschule Merseburg.**

Und in diesem Jahre suchen einige Prälaten unserer  
landwirthschaftlichen Winterschule, theils als Verwalter,  
theils als Oekonomie-Behelfer, zum 1. April cr. Stellung.  
Prinzipale, welche hierauf zu reflectiren geneigt sind,  
wollen sich mit ihren Offerten gefälligst an den Haupt-  
lehrer der Winterschule Herrn Glag hier selbst (Neumarkt  
Nr. 38) wenden, welcher nähere Auskunft zu geben gern  
bereit sein wird.

Merseburg, den 8. Februar 1881.  
Der Vorstand des landwirthschaftl. Kreis-Vereins.  
Schönian.

Am Freitag den 25. Febr., nach-  
mittags 3 Uhr,

**Hochzeits-Extrazug  
Halle-Berlin.**

Näheres bei Aug. Wiese.

**General-Versammlung**

der  
**Unterstützungskasse der Tischlergesellen**  
hier selbst, C. S.  
Sonntag den 20. Februar d. J., nachm. 3 Uhr.

Tagesordnung: Rechnungslegung,  
Ertheilung der Decharge,  
Neuwahl des Vorstandes,  
Berichtsbeneh.

Der Vorstand

Hierzu eine Beilage.

Spindler's Farbe.  
Annahme bei A. Wiese.

**Gesang-Verein.**

Freitag den 18. Februar 1/2 7 Uhr  
(nicht 7 Uhr) in der Kaiserhalle  
**Musikaufführung.**

Tenor solo: Herr Otto aus Halle.

PROGRAMM

- 1) Nachtlänge an Oßian, Ouverture v. M. Gade.
  - 2) Altdeutscher Schlachtgesang f. Männerchor u. Orchester v. F. Ries.
  - 3) Solo aus: „Die Walküre“ v. R. Wagner.
  - 4) Männerchöre v. Dirner.
  - 5) Romansen f. Tenor v. Brahms.
  - 6) Die Wüste. Symphonie-Ode. Mit declamirten Strophen, Gesängen, Chören u. gr. Orchester v. F. David.
- Karten für Nichtmitglieder à 1,50 M. bei  
Herrn Wiese. Schumann.  
Hauptprobe Mittwoch pünktlich 7 1/2 Uhr in  
der Kaiserhalle.

**Irene.**

Die Mitglieder werden ersucht, an dem Freitag den  
18. d. M., nachm. 3 Uhr, stattfindenden Begräbniß  
unseres so plötzlich verstorbenen Freundes Gustav Elbe  
theilzunehmen.

Für eine Locomotivfabrik wird ein tüchtiger  
Gebläseer, der auch Phosphorbronze, sowie die  
andern Geirungen vollkommen selbstständig her-  
zustellen versteht, sofort gesucht. Meldungen  
sub H. S. 5782 an

**Rudolf Mosse,**  
Nr. 5782.)  
Erfurt.

Ein Bekehrung findet unter günstigen Bedingungen  
Stellung bei

H. Müller junior, Klempnermstr.,  
Schmalstraße 10.

**Gesucht**

ein im Nähen gewandtes, gut empfohlenes Hausmädchen  
zum 1. April d. J. von

Frau Landesbauwath van der Ved.  
Ein nicht so junges, aber eheliches und anständiges  
Mädchen für die Küche und für Hausarbeit wird zum  
1. April gesucht. Womöglich von auswärts. Zu er-  
fragen in der Exped. d. Bl.

Ein ordentliches, nicht zu junges Mädchen wird vor  
1. März zur Aufwartung gesucht  
Lauchstädter Straße 6 b, im Laden.

Ein zuverlässiges Dienstmädchen wird zum 1. Apr.  
gesucht. Näheres Burgstraße 23.

Zu eine ganz kleine Wirtschaft wird vor 1. April  
ein anständiges Mädchen für Küche und Hausarbeit ge-  
sucht. Gefällige Auskunft ertheilt Frau Redolt am  
Markt.

Eine ältere Köchin, welche die Hausarbeit mit Über-  
nimmt und gute Zeugnisse besitzt, wird zum 1. April  
bei hohem Lohn gesucht.  
Frau Medizinalrath's Woll.

**Eine Aufwartung**  
wird zum sofortigen Antritt gesucht  
Altenb. Schulpl. Nr. 2, 1 Et.

**Aufforderung.**  
Alle Diejenigen, welche zum Nachlasse des verstorbenen  
Hauswalthers Franz Linz noch Schulden werden hier-  
durch angefordert, ihren Verbindlichkeiten innerhalb 14  
Tagen, spätestens aber bis Ende dieses Monats nachzu-  
kommen. Gleichzeitig bitten wir, etwaige Forderungen  
bis zum selben Termine bei uns anzumelden.  
Merseburg, den 12. Februar 1881.

Die Linz'schen Erben.  
Meine liebe gute Frau Marie Schlichting geb.  
Strigle ist mir am 15. d. M., abends von 7 bis 11 Uhr  
abhanden gekommen. Wiederbringer erhält eine ange-  
messene Belohnung. Ingleich warne ich hiermit Jedem  
mann, derselben auf meinen Namen zu borgen, da ich  
durchaus keine Zahlung leiste.  
D. Schlichting.





